

## Podiumsdiskussion 06.10.2010 – Pathways to Inclusion

*Christian Dreher (INVEMA e.V.)*

Kinder, bzw. Familien mit Kindern wie Peter, Paul und Mary könnten typische Nutzer und Interessenten für die verschiedenen Dienstleistungen des Vereins INVEMA sein.

Leider muss man ganz klar sagen, dass in unserer Region die Chancen für Peter aufgrund der Art und Schwere seiner Beeinträchtigung sehr schlecht stehen an einer Regelschule unterrichtet zu werden. Unseres Wissens gibt es in der gesamten Region kein Kind mit einer vergleichbaren Beeinträchtigung im GU. Der typische Weg für ihn wäre der Besuch der Sonderschule mit anschließendem Besuch einer Werkstatt.

Nur bei extremen Engagement der Eltern und einem günstigen Wohnort wäre evtl. ein anderer Weg möglich.

Bei Mary und Paul stehen die Chancen schon besser zumindest eine integrative Klasse zu besuchen und danach auf eine weiterführende integrative Hauptschule zu gehen.

Doch auch hier ist dies von vielen Faktoren abhängig und noch lange nicht selbstverständlich. Bei der Beratung und Unterstützung der Familien werden immer wieder große Probleme deutlich:

- Der Wunsch und das Engagement der Eltern ist ausschlaggebend, da Eltern häufig gar nicht oder schlecht über die Möglichkeiten des Gemeinsamen Unterrichts für Kinder informiert werden; zu dem sind Lehrer und Erzieher oft selbst schlecht informiert und können keine Auskunft geben.
- Hinzu kommt die Lage des Wohnorts. In Kreuztal und Siegen ist die Zahl der Kinder im Gemeinsamen Unterricht in den letzten Jahren stetig gestiegen. Als Gegenbeispiel der Altkreis Wittgenstein: ca. 175 Kinder haben Sonderpädagogischen Förderbedarf und nur 4 besuchen den Gemeinsamen Unterricht. Würden Mary oder Paul also dort aufwachsen, wären die Chancen wesentlich geringer.
- Aber auch dort wo sich der GU zahlenmäßig besser entwickelt stehen wir vor einem großen Problem. Je mehr Kinder im GU unterrichtet werden, umso deutlicher wird der Bedarf an Fortbildung für alle Lehrkräfte und eine entsprechende Ausstattung der Schulen. Wir machen die Erfahrung, dass der GU an vielen Schulen nicht gut funktioniert. Dort wird der Unterschied zwischen Integration und Inklusion klar deutlich.
- Ein weiteres Problem, auf welches wir als Verein bereits seit 1996 immer wieder hinweisen, ist, dass das AOSF-Verfahren oft so spät und langwierig durchgeführt wird, dass meist erst in den Sommerferien der Förderort des Kindes feststeht. Dies zieht eine Reihe negativer Folgen hinter sich her: Die Familie und vor allem das Kind müssen kurzfristig alles organisieren, die Schule muss sich kurzfristig einstellen und wir als Verein müssen innerhalb kürzester Zeit einen möglichst passenden und dazu noch finanzierbaren Integrationshelfer finden. Und das nicht nur für ein Kind.

- Ein weiterer Bereich der vor allem hier in unserer Region ein weiteres großes Problem darstellt, ist die Bewilligung von notwendigen Integrationshelfern über das Jugendamt (bei Förderbedarf Sozial/emotionale Entwicklung). Hier werden uns und vor allem den Familien teilweise große Steine in den Weg gelegt.
- Im SEK-1-Bereich findet der GU fast ausschließlich in Hauptschulen statt. Zumindest für Mary und Paul käme nichts anderes in Frage. Für andere weiterführende Schulen scheint Inklusion (noch) kein Thema zu sein.
- Diese Liste von Problemen könnte man sicherlich noch weiterführen, aber...

... ich denke, dass die aufgezeigten Probleme jetzt schon deutlich machen, dass wir in unserer Region noch weit davon entfernt sind ein inklusives Bildungssystem aufzubauen.

Obwohl wir als Verein INVEMA seit vielen Jahren dafür kämpfen, dass alle Kinder mit einer Behinderung die Regelschule besuchen können, geht die Entwicklung jetzt evtl. zu schnell und auf Kosten der Qualität im Unterricht.

Wenn nächstes Jahr schon ein Wahlrecht für Eltern bestehen sollte, muss mit einem großen Anstieg der Zahl der Kinder im GU gerechnet werden. Das macht deutlich, dass jetzt Handlungsbedarf besteht. Zu beachten ist dabei noch mal: Ein weiterer Ausbau der Integration ist nicht das gleiche wie ein inklusives Bildungssystem! Das gesamte Bildungssystem muss schrittweise, planvoll und gemeinsam von allen beteiligten Akteuren verändert und neu strukturiert werden.

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir hier in unserer Region die Qualität des Gemeinsamen Unterrichts und die Förderung aller Kinder sicher stellen wollen!

#### Wir schlagen vor:

- Durch „Inklusionspläne“ in allen Kommunen kann der Gemeinsame Unterricht im Schulentwicklungsplan berücksichtigt und Ressourcen und Rahmenbedingungen geplant werden!
- Gründung eines AK „Inklusive Bildung“ auf Kreisebene (ggf. im Rahmen des neuen Bildungsnetzwerkes). Dadurch können personelle, finanzielle und sächliche Ressourcen gebündelt & genutzt werden.
- Angemessene Rahmenbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer. Schulen und Lehrer müssen dazu befähigt werden, alle Kinder aufzunehmen und sie adäquat zu fördern.